



Chancen auf dem Arbeitsmarkt

In einer Regierungserklärung hat Vizekanzler Franz Müntefering am 11. Oktober eine positive Bilanz der bisherigen Arbeitsmarktpolitik der Großen Koalition gezogen. Als Indiz dafür nannte er die aktuelle Lage am Arbeitsmarkt und gab einen Ausblick auf die auf der Regierungsklausur in Meseberg beschlossenen Maßnahmen.

Zu den Maßnahmen gehören u.a. die Erstellung eines Gesamtkonzeptes Kinderzuschlag/Erwerbstätigenzuschlag, die Einführung eines Mindestlohns in der Postbranche, die Erstellung eines Programms „Humanisierung der Arbeitswelt“, Analyse und Prüfung der Entwicklung im Bereich der Zeitarbeit, die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes „Jugend – Ausbildung und Arbeit“ und die Entwicklung eines Konzeptes zur Zuwanderungssteuerung.

Kampf für mehr Arbeit

Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland noch zu hoch. Deshalb ist der Kampf für mehr Arbeit und für gute Arbeit das herausragende Ziel der Arbeitsmarktpolitik. Allerdings sind auch Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sichtbar und es wird deutlich, dass sich die Anstrengungen der Arbeitsmarktreform, die bereits die rot-grüne Bundesregierung auf den Weg gebracht hat, lohnen.

Niedrigste Arbeitslosenzahl seit zwölf Jahren

Im September ist die Zahl der Arbeitssuchenden auf 3,54 Millionen gesunken. Das ist der niedrigste Wert seit zwölf Jahren. Zugleich stieg die Zahl der Erwerbstätigen mit 39,71 Millionen auf einen neuen Höchststand. So viele Menschen waren seit der Wiedervereinigung noch nie erwerbstätig. Die Arbeitslosenquote sank von 8,8 auf 8,4 Prozent. In Westdeutschland waren 2,334 Millionen und in Ostdeutschland 1,209 Millionen Menschen arbeitslos. Gegenüber September 2006 gibt es heute 694.000 Arbeitslose weniger.

Auch Langzeitarbeitslosigkeit zurückgegangen

Von der positiven Arbeitsmarktentwicklung profitieren auch die Arbeitslosen, die länger als 12 Monate ohne Job sind. So hat die Langzeitarbeitslosigkeit im

Vorjahresvergleich nach Angaben der BA sogar stärker abgenommen als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Der Rückgang betrug 376.000 oder 23 Prozent auf 1.258.000. Entsprechend hat sich ihr Anteil an allen Arbeitslosen von 42,3 auf 39,1 Prozent verringert.

Verbesserte Lage für ältere Arbeitslose

Insbesondere wies der Bundesarbeitsminister auf die verbesserte Lage für Arbeitslose über 50 Jahre hin. Seit 1998 ist die Beschäftigungsquote von über 50-Jährigen von 37,7 auf 52 Prozent gestiegen. In der Gruppe der 55- bis 59-Jährigen sind heute 67,2 Prozent wieder in Beschäftigung. Zwar sind im September 102.000 Menschen über 50 Jahre arbeitslos geworden, gleichzeitig haben aber 141.000 über 50-Jährige ihre Arbeitslosigkeit beenden können.

Kommunale Kombilöhne

Regional gibt es noch dramatische Unterschiede bei den Arbeitslosenquoten. Der Bundesminister wirbt daher für kommunale Kombilöhne, um Regionen mit einer verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit zu helfen.

Mehr Arbeit ist möglich

Bundesarbeitsminister Müntefering äußerte Zuversicht zur weiteren Entwicklung des Arbeitsmarktes. „Die vergangenen Jahre haben gezeigt, Gestaltung ist mög-



lich.“ Es ist machbar, mehr Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen. Dies kann etwa durch Investitionen der öffentlichen Hand in die Infrastruktur geschehen. Das 25-Milliarden-Investitionsprogramm der Bundesregierung hat viel in Gang gesetzt und wird 2008 noch verstärkt. Als weitere Felder für mehr Arbeitsplätze nannte Franz Müntefering das Gesundheitswesen, die Pflege, haushaltsnahe Dienstleistungen und die energetische Gebäudesanierung.

Anstrengungen auf dem Ausbildungsmarkt

Da noch rund 29.000 Ausbildungsbebewerber unversorgt sind, hat Bundesarbeitsminister Franz Müntefering größere Anstrengungen gefordert, die Lehrstellenlücke zu schließen. Auch wenn es in diesem Jahr weniger Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sind – im letzten Jahr waren es um diese Zeit 50.000 Jugendliche – muss mit allem Nachdruck versucht werden, die Jugendlichen zu vermitteln. Bis Ende September wurden in Industrie, Handel und Handwerk rund 487.600 Ausbildungsverträge abgeschlossen, rund 40.400 mehr als im vorigen Jahr. Die rechnerische Lehrstellenlücke ging den Angaben aus Verbandskreisen zufolge gleichzeitig deutlich zurück. Für 29.100 noch unversorgte Bewerber gab es 18.400 unbesetzte Ausbildungsplätze. Ende September fehlten demnach noch 10.700

Lehrstellen. Im vorigen Jahr betrug die Lücke zwischen unversorgten Bewerbern und offenen Stellen noch 34.100.

Die Koalition prüft:

- > einen Ausbildungsbonus für überdurchschnittlich ausbildende Betriebe,
- > Ausbildungskostenzuschüsse für die Ausbildung bestimmter Gruppen von benachteiligten Altbewerbern,
- > den Einsatz von Ausbildungspaten,
- > die Verstärkung der personellen Ressourcen der Berufsberatung.

Bildung ist der Schlüssel

Mehr Anstrengungen im Bildungssektor sind notwendig. „Die Bildung ist unser Schicksal“ sagte Franz Müntefering in seiner Regierungserklärung. Wenn Deutschland ein Hochbildungsland bleiben will, muss die Zahl der Schulabbrecher sinken und sich die Zahl der Studenten erhöhen. Insbesondere den Kindern mit Migrationshintergrund soll ein wirksames Angebot gemacht werden.

Armut bekämpfen

Für November kündigte der Vizekanzler Beschlüsse zur Armutsbekämpfung an. Dabei stehen besonders die Kinder im Mittelpunkt. Aus materieller Armut darf keine Chancenarmut werden. „Was wir in die Kinder und Jugendlichen, was wir in Chancengleichheit investieren, das ist sehr gut angelegtes Geld.“ Als aktives Instrument zur Armutsbekämpfung soll ein Gesamtkonzept erarbeitet werden, das einen Bonus für Arbeit mit dem bewährten Instrument des Kinderzuschlags verbindet. Damit sollen Erwerbstätige, die mit ihrem Arbeitseinkommen nicht das Existenzminimum erreichen, vor Hilfebedürftigkeit geschützt werden. Sie würden dann nicht mehr unter die Vermögensprüfungen des Arbeitslosengeldes II fallen. Auch könnten mehrere hunderttausend Kinder aus der Hilfebedürftigkeit herausgeholt werden. Zudem wird gegenwärtig geprüft, ob der Regelsatz beim Arbeitslosengeld II und der Sozialhilfe noch das Existenzminimum abdeckt.

Arbeitnehmerentsendegesetz erweitern

Bundesminister Franz Müntefering kündigte an, dass der Mindestlohn für Briefdienste zum Jahresanfang 2008 zeitgleich mit dem Wegfall des Briefsmonopols der Deutschen Post kommt. Die Aufnahme der Briefdienste in das Entsendegesetz wird vorangetrieben, damit bis zum Neujahrstag ein allgemein verbindlicher Mindestlohn für Briefdienste möglich ist.

Die Aufnahme der Briefdienstleistungen in das Arbeitnehmerentsendegesetz ist ein weiterer Schritt zur Schaffung eines flächendeckenden Mindestlohnes in Deutschland, so wie er in den meisten EU-Mitgliedstaaten bereits Realität ist. Im nächsten Jahr sollen im Arbeitnehmerentsendegesetz alle Branchen Aufnahme finden, in denen bundesweite Tarifverträge mit Mindestlohnregelungen gelten. Ein novelliertes Mindestarbeitsbedingungs-gesetz soll gesetzliche Mindestlöhne in Branchen garantieren, die die für das Arbeitnehmerentsendegesetz erforderliche Tarifbindung von 50 Prozent nicht aufweisen.

Wir wollen die Menschen vor unfairen Arbeitsbedingungen schützen und ihnen ermöglichen, von ihrem Einkommen ohne staatliche Zuschüsse leben zu können. Wir wollen Löhne, durch die Menschen eigenständig ihre Existenz sichern können. Dafür müssen wir auf allen Ebenen kämpfen.

